

Gemeinsames Kommuniqué der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Sozialistischen Partei Belgiens

Auf Einladung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands weilte vom 29. Januar 1976 bis 1. Februar 1976 eine Delegation der Sozialistischen Partei Belgiens (PSB) in der DDR. Ihr gehörten an die Vorsitzenden der PSB André Cools und Willy Claes, Jos Van Eynde, Staatsminister, Mitglied des Büros der PSB, und Lucien Radoux, Abgeordneter.

Die Delegation wurde vom Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Erich Honecker, zu einem freundschaftlichen Meinungs austausch empfangen, an dem teilnahmen: Kurt Hager, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED; Paul Markowski, Mitglied des Zentralkomitees der SED und Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen; Alfred Marter, Sektorenleiter in der Abteilung Internationale Verbindungen; Regina Steiger, Mitarbeiterin der Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees der SED.

In der Hauptstadt Berlin und im Bezirk Dresden hob die Delegation die Erfolge des sozialistischen Aufbaus der DDR hervor.

Die Repräsentanten der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Sozialistischen Partei Belgiens informierten einander über die gegenwärtige Lage in ihren Ländern und die Politik ihrer Parteien. Sie führten einen ausführlichen Gedankenaustausch zu aktuellen Problemen der internationalen Politik.

Die Parteien stimmten darin überein, daß die Ergebnisse der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eine Ausgangsbasis für die weitere Festigung von Frieden und Sicherheit in Europa sind. Jetzt muß alles getan werden, um den Entspannungsprozeß zu sichern und zu vertiefen, damit die friedliche Koexistenz zur allgemeingültigen Norm in den Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf unserem Kontinent wird.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Sozialistische Partei Belgiens treten dafür ein, daß die politische Entspannung durch die militärische Entspannung ergänzt wird. In diesem Zusammenhang unterstreichen sie die Bedeutung der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Waffen und der Wiener Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa. Beide Parteien betonen die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen zur allgemeinen Abrüstung und treten folglich für die Einberufung und Durchführung einer Weltabrüstungskonferenz auf der Grundlage der Beschlüsse der UNO-Vollversammlung ein.

Die Vertreter beider Parteien sind der Auffassung, daß die Durchführung der Schlußakte von Helsinki und die Erfüllung der zwischen verschiedenen Staaten